



Presseschau vom 02.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: US-Sanktionen gegen Pjöngjang treffen drei russische Unternehmen – Moskau befremdet

Das US-Finanzministerium hat die Sanktionen gegen Nordkorea wegen dessen Raketenprogramms ausgeweitet. Die neuen restriktiven Maßnahmen betreffen einen russischen Bürger und drei in Russland registrierten Unternehmen.

Auf der neuen Liste steht nun der Russe Igor Mitschurin, der nach Informationen des US-Finanzministeriums Verbindung zum nordkoreanischen Konzern „Korea Tangun Trading Corporation“ haben soll. Die neuen Sanktionen betreffen zudem „Unabhängiges Ölunternehmen NNK“, „Primornefteprodukt“ und Ardis-Bearings LLC.

NNK wurde auf die Sanktionsliste gesetzt, weil das Unternehmen der amerikanischen Finanzbehörde zufolge angeblich einen Ölliefervertrag mit Pjöngjang unterzeichnet hat, und bereits Ölprodukte im Wert von über einer Million Dollar geliefert haben soll.

„Primornefteprodukt“ geriet seinerseits nur deshalb auf die US-Sanktionsliste, weil es eines der Tochterunternehmen von NNK ist.

Diese Entscheidung Washingtons rief beim russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow Befremden und Beunruhigung hervor. „Die Motivation dabei, nämlich die Bemühungen der US-Administration zur faktischen Verschlechterung der Wirtschaftslage in Nordkorea – genau so verstehen wir die Handlungen des US-Finanzministeriums – ist für uns absolut

inakzeptabel“, betonte der Minister. Die einseitige Sanktionspolitik sei illegitim, illegal, politisch destruktiv und führe keineswegs zu den gewünschten Ergebnissen, so Rjabkow weiter.

lug-info.com: Unbekannte haben einen Strompfeiler im Gebiet von Georgijewka im Lutuginskij-Bezirk der LVR gesprengt, das Staatssicherheitsministerium der Republik schließt einen Terrorakt nicht aus.

„Im Gebiet von Georgijewka im Lutuginskij-Bezirk der LVR wurde von Unbekannten ein Strompfeiler gesprengt. In der Folge hatten Lugansk sowie eine Reihe anderer Ortschaften der Republik Probleme mit der Stromversorgung. Vor Ort wurden zwei Sprengeneinrichtungen entdeckt, eine von ihnen ging nicht los“, teilte der Pressedienst des MfS mit. Vor Ort arbeitet eine operative Ermittlungsgruppe.

de.sputniknews.com: Ukrainische Armee erobert Donbass „kriechend“ – Kiewer Medien Die Streitkräfte der Ukraine rücken in der so genannten grauen Zone an der Frontlinie im Donbass vor, wie der ukrainische stellvertretende Minister für die „okkupierten Territorien“, Georgij Tuka, sagte.

Das Territorium, das unter der Kontrolle der ukrainischen Armee steht, wird größer, sagte Tuka dem ukrainischen TV-Sender 112 Ukraina.

Diese Gebiete, darunter die Stadt Debalzewo, müssten demnach entsprechend dem Minsker Abkommen angeblich Kiew gehören.

„Ich denke, wir machen alles absolut richtig. Ich hoffe auf weitere Erfolge“, so Tuka.

Der Sender hatte zuvor berichtet, dass die ukrainische Armee im Rahmen der „kriechenden Deokkupation“ ungefähr 50 Quadratkilometer erobert hätte...

vormittags:

de.sputniknews.com: „Verbündete zu überwachen, ist unanständig“ – Putin über russische Geheimdienste

Russlands Geheimdienste überwachen keine Verbündeten des Landes und agieren ausschließlich im Rahmen des Gesetzes, wie Präsident Wladimir Putin im Interview mit dem US-Regisseur Oliver Stone sagte.

„Ich denke, dass sie (die russischen Geheimdienste – Anm. d. Red.) gut und nur im Rahmen der aktuellen Gesetzgebung arbeiten“, wird Putin von der Zeitschrift „Newsweek“ zitiert, die bereits erste Interview-Ausschnitte veröffentlichte.

„Verbündete zu überwachen, wenn ihr sie wirklich für eure Verbündete und nicht für Vasallen haltet, ist unanständig. Es untergräbt das Vertrauen und schädigt im Ergebnis die eigene nationale Sicherheit“, so Putin.

Ein großes Interview des US-Regisseurs Oliver Stone mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin soll vom 12. bis 15. Juni im TV-Sender Showtime gezeigt werden.

Dnr-news.com: Die ukrainische Staatsanwaltschaft beschloss die Exhumierung der im Gewerkschaftshaus Getöteten

Die Staatsanwaltschaft des Oblast Odessa genehmigte die Durchführung einer Exhumierung der Leichen von sechs im Haus der Gewerkschaften am 02. Mai 2014 Getöteten. Dies berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN.

Am 01. Juni fand in der Staatsanwaltschaft ein Treffen statt mit Vertretern der örtlichen

Selbstverwaltungsorgane, Mitarbeitern des Odessaer Oblast-Büro der Forensik und Angehörigen der Toten.

„Auf dem Treffen wurden organisatorische Fragen diskutiert. Bis jetzt ist das Datum der Exhumierung noch nicht festgelegt“, sagte der Pressedienst der Staatsanwaltschaft. Der Vertreter der Strefverfolgungsbehörden der Region berichtete, dass unmittelbar nach der Tragödie in den Sozialen Netzwerken Fotos der Leichen auftauchten. In den Bildunterschriften wurde gesagt, dass die Menschen Schussverletzungen hatten und anschließend erschlagen worden waren. Die Exhumierung findet mit dem Ziel statt, die Richtigkeit der Feststellung der Todesursachen zu überprüfen“, sagte er.



<http://dnr->

[news.com/uploads/posts/2017-06/thumbs/1496385918_09962419.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-06/thumbs/1496385918_09962419.jpg)

de.sputniknews.com: Kiew-Krimi: Als Le-Monde-Journalist getarnter Killer überfällt „Putin-Jäger“ – Medien

Der aus Tschetschenien stammende als „Putin-Jäger“ bekannt gewordene Adam Osmajew ist in Kiew von einem Killer in ein Auto gelockt und angegriffen worden, wie der ukrainische TV-Kanal „112 Ukraina“ berichtet.

Am Tatort wurden laut dem TV-Sender am Ende drei Schusswaffen gefunden: zwei „Makarow“ und eine österreichische „Glock“.

Der Angreifer soll Osmajew und dessen Frau Amina Okujewa als angeblicher Le-Monde-Journalist um ein Interview gebeten haben. Nachdem er den Tschetschenen überfallen hatte, wurde der Killer von dessen Frau überwältigt und mit vier Schüssen abgewehrt.

Der getarnte Killer, so Pressesprecher Artjom Schewtschenko vom ukrainischen Innenministerium, habe einen ukrainischen Pass bei sich gehabt, in dem im letzten Jahr auch Grenzübertritte nach Weißrussland und Russland vermerkt gewesen seien.

„Es ist festgestellt worden, dass der Angreifer die Ex-Kämpferin der Gruppe ‚Kiew‘, Amina Akujewa, und ihren Mann, den Ex-Chef des Friedensbataillons ‚Dschochar Dudajew‘, Adam Osmajew, töten wollte“, heißt es aus der Pressestelle der Polizei. „Die Rechtsorgane ziehen als Hauptversion für das Verbrechen die patriotischen Ansichten des Ehepaars in Betracht.“

In Lebensgefahr ist nach Angaben der Ärzte keiner der an der Schießerei Beteiligten. Osmajew war zuvor beschuldigt worden, ein Attentat auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin vorbereitet zu haben.

Die Terrorgruppe war aufgefliegen, nachdem 2012 in einer geheimen Wohnung in Odessa eine Bombe gefunden worden war. Osmajew wurde damals auch die Vorbereitung eines Attentats auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin vorgeworfen. Letztlich aber wurde er vom Gericht von einer Reihe von Vorwürfen befreit. 2015 wurde er zwar in den übrigen Punkten schuldig gesprochen, aber freigelassen, weil die ukrainischen Behörden es als erwiesen ansahen, dass er in U-Haft bereits seine Strafe verbüßt habe.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen und so die zuvor vereinbarte Feuereinstellung ab Mitternacht des 1. Juni gebrochen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Kalinowka und Sokolniki**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

Rusvesna.su: Der Freispruch für den Journalisten Kozaba, der aufgerufen hatte sich nicht an der „ATO“ zu beteiligen, wurde aufgehoben

Der Freispruch für Ruslan Kozaba wurde vom Höchsten Spezialgericht zur Prüfung von Zivilstrafverfahren der Ukraine aufgehoben. Eine entsprechende Entscheidung wurde von dem Richtergrremium am 1. Juni getroffen.

Wir erinnern daran, dass zuvor das Revisionsgericht des Oblast Iwano-Frankowsk den Journalisten Ruslan Kozaba, der die Ukrainer ausgerufen hatte, nicht in den Krieg zu ziehen und nicht an der Mobilisierung teilzunehmen, freigesprochen.

Das Richtergrremium des Höchsten Spezialgerichts folgte damit teilweise den Anträgen der Staatsanwälte zur Aufhebung des Freispruchs von Kozaba und zur erneuten Überprüfung des Straftatbestandes durch das Berufungsgericht.

Dieser Beschluss tritt zum Zeitpunkt seiner Bekanntgabe in Kraft und unterliegt nicht dem Einspruchsrecht.

Im Gespräch mit einem Korrespondenten einer ukrainischen Zeitung sagte Kozaba, dass er und seine Anwälte schockiert von dem getroffenen Beschluss seien. Über weitere juristische Schritte zur Reaktion auf das gefällte Urteil werde er sich nach der Veröffentlichung des vollständigen Textes (geplant für den 7. Juni) äußern.

„Die Richter des Höchsten Spezialgerichts waschen wie Pontius Pilatus ihre Hände in Unschuld und legten mein Verfahren auf die Schultern des Berufungsgerichts. Es tut mir sehr Leid, dass sie diese Chance nicht ergriffen haben und dem Druck erlagen, der auf sie ausgeübt wurde“, sagte Kozaba.

Anfangs hatte das Gericht den Journalisten Ruslan Kozaba zu 3,6 Jahren Haft unter Beschlagnahme seines Eigentum verurteilt, seine Anwälte erreichten jedoch die Aufhebung des Urteils.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kocaba_zhurnalist.jpg?itok=64PgRS7d

de.sputniknews.com: Nordkorea-Sanktionen: Washington bleibt bei seiner Linie – Kreml
Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hält die US-Sanktionen gegen Nordkorea, die auch mehrere russische Unternehmen betreffen, für die bisherige Linie Washingtons, die die Beziehungen zu Moskau weiter negativ beeinflusst.

„Das ist leider eine Fortsetzung der bisherigen Linie. Außer Bedauern erregt dies nichts. Das ist ein Faktor, der weiter einen negativen Einfluss auf unsere bilateralen Beziehungen hat. Das läuft eher nach dem Trägheitsgesetz“, sagte Peskow.

Das US-Finanzministerium hatte zuvor die Sanktionen gegen Nordkorea wegen des Raketenprogramms ausgeweitet. Die neuen restriktiven Maßnahmen betreffen den russischen Bürger Igor Mitschurin, der nach Informationen des US-Finanzministeriums Verbindungen zum nordkoreanischen Konzern „Korea Tangun Trading Corporation“ haben soll, und die russischen Unternehmen „Unabhängiges Ölunternehmen NNK“, „Primornefteprodukt“ und „Ardis-Bearings LLC“.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen:

„Um 5:40 hat die ukrainische Seite einen Beschuss von **Lukowo im Telmanowo-Bezirk** begonnen. Durch einen direkten Treffer wurde ein Haus in der Sowjetskaja-Straße 1a beschädigt. Außerdem brennt in einem der landwirtschaftlichen Betriebe das Gebäude einer Traktorbrigade“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Nach vorläufigen Informationen wurde mit Mörsern des Kalibers 120mm geschossen. Am Beschussort ist eine Inspektion von Offizieren des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung und der OSZE-Mission geplant.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **34 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **17 Ortschaften der Republik** beschossen“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Bei den Beschüssen haben die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Panzer- und Artilleriegeschütze, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfer

und Schusswaffen verwendet.

„In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden in **Lukowo** zwei Häuser in der Sowjetskaja- und der Perwomajskaja-Straße beschädigt“, teilte das operative Kommando mit. „Außerdem wurde eine Tankstelle und Stromleitungen zerstört“. „Heute Morgen ab 7:00 begann einer starker Beschuss mit Antipanzergranatwerfern auf die Umgebung von **Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk** und auf die „graue Zone“, berichtet der Leiter der Ortsverwaltung Konstantin Tschalyj. „Der Beschuss ist gerade zu Ende, aber wir können noch nicht herausfahren, um dort die Beschädigungen an Wohnhäusern der Menschen zu untersuchen, weil es keine Sicherheitsgarantie gibt“.

de.sputniknews.com: Medien: Trump-Administration wollte Anti-Russland-Sanktionen sofort aufheben

Trumps Administration hat bereits wenige Tage nach seiner Amtseinführung das Außenministerium damit beauftragt, Maßnahmen zur Aufhebung der Anti-Russland-Sanktionen zu erarbeiten, berichtet die Nachrichtenwebseite Yahoo News unter Berufung auf informierte Quellen. Die Initiative stieß jedoch auf starken Widerstand der Obama Regierung. „Das Weiße Haus hat ernsthaft die einseitige Aufhebung der Sanktionen erwogen“, sagte der ehemalige Mitarbeiter des Außenministeriums, Dan Fried, der bis zu seinem Rücktritt im Februar als Hauptkoordinator der US-Sanktionspolitik tätig gewesen war. Als die neue Administration in Funktion getreten sei, habe er „panische“ Anrufe von US-Regierungsbeamten bekommen, denen angeordnet worden sei, ein Maßnahmenpaket zur Aufhebung der Sanktionen zu entwickeln. Sie hätten Fried angefleht, dies zu stoppen. Fried habe nach eigenen Angaben mehrere US-Kongress-Abgeordnete, darunter Demokraten Ben Cardin, das zweitwichtigste Mitglied des US-Senats-Außenausschusses, kontaktiert und sie gebeten, ein Gesetz zu verabschieden, in dem die bestehenden Sanktionen verankert werden sollten. Es sollte für den neugewählten Präsidenten also schwierig werden, die Sanktionen aufzuheben.

Der Ex-Berater des Außenministers für Menschenrechte unter Obama, Tom Malinowski, sagte gegenüber dem Nachrichtenportal, er habe ebenfalls Kongressabgeordnete, unter anderem Senator John McCain, aufgefordert, die Anti-Russland-Sanktionen gesetzlich zu verankern, als er von seinen ehemaligen Kollegen erfahren habe, dass die neue Administration an einem Plan zur Aufhebung der Sanktionen arbeite. Dann könnte es vielleicht die Vereinbarung eines Gipfels geben, bei dem Trump und der russische Präsident Wladimir Putin zusammenkommen könnten. „Es wäre eine Win-Win-Situation für Moskau“, so Malinowski. Außerdem bestätigte ein hochrangiger Beamter des Weißen Hauses gegenüber dem Webportal, die neue Administration habe tatsächlich Änderungen in den Anti-Russland-Sanktionen erwogen, dies im Rahmen einer „breiteren“ Revidierung der Politik, die immer noch fortgesetzt werde. „Wir haben alle Sanktionen revidiert, und das betrifft nicht nur Russland“, sagte er.

Laut zwei ehemaligen Mitarbeitern des US-Außenministeriums hatte das Außenamt nur wenige Tage nach der Amtseinführung von Trump einen entsprechenden Auftrag bekommen. Die Behörde sollte Optionen zur Verbesserung der Beziehungen zu Russland vorlegen, dies im Rahmen eines Deals mit Moskau. Im Gegenzug sollte Russland mit den USA bei der Bekämpfung der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) zusammenarbeiten. Neben der Aufhebung der Sanktionen wurde auch die Rückgabe konfiszierter russischer Botschaftsgebäude in den USA erwogen.

Dem Nachrichtenportal zufolge büßte der Anfang Februar im US-Kongress vorgelegte Gesetzentwurf, der es dem US-Präsidenten verbieten sollte, die Sanktionen ohne die Zustimmung des Kongresses aufzuheben, dennoch etwas an Dringlichkeit ein, als Trumps Berater für die nationale Sicherheit, Michael Flynn, zurücktrat.

„Es dauerte nicht allzu lang, bis klar wurde: Falls sie die Sanktionen aufheben, würde es einen politischen Flächenbrand geben“, sagte Malinowski.

Generalleutnant a.D. Flynn war von 2012 bis 2014 Direktor des US-

Verteidigungsnachrichtendienstes und vom 20. Januar bis zum 13. Februar 2017

Nationalsicherheitsberater des US-Präsidenten. Er trat vor dem Hintergrund der Vorwürfe von seinem Posten zurück, er habe die Inhalte seiner Gespräche mit dem russischen Botschafter in Washington, Sergej Kisljak, nicht völlig offengelegt.

Westlichen Medien zufolge hatte Flynn mit Kisljak die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland besprochen, Flynn wies diese Vorwürfe allerdings zurück. Der Kreml ließ verkünden, die Gespräche zwischen Flynn und Kisljak hätten tatsächlich stattgefunden, deren Inhalte seien jedoch falsch wiedergegeben worden.

Dnr-online.ru: In Berlin, Hamburg, Turin, in Griechenland und in Frankreich ist die Aktion „Engel“ gestartet, die dem Internationalen Kindertage gewidmet ist. Dies teilte der Pressedienst des Außenministeriums der DVR mit.

Ein erster Teil der Aktion fand in Quakenbrück statt. Der Abgeordneten der Partei Die Linke in Quakenbrück, Andreas Maurer sagte, dass am internationalen Kindertag den Schülern der Alwina Schumann-Noller-Musikschule von den Kindern des Donbass erzählt wurde.

„Auf dem Gebiet der DVR und der LVR ist seit drei Jahren Krieg. In diesem Krieg, der von Politikern angezettelt wurde, starben sehr viele Kinder. Ihre Kindheit und ihr Leben endete plötzlich. Viele Eltern gaben ihr Leben, um ihre Kinder zu verteidigen. Jeden Tag werden Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser beschossen, gerade die Orte, wo sich Kinder befinden. Die Kinder von Quakenbrück und ihre Lehrer und Eltern sagen entschlossen Nein zum Krieg. Kinder müssen leben und haben das Recht auf eine glückliche und friedliche Kindheit“, sagte Andreas Maurer.

In Berlin wurde auch die Aktion „Engel“ unterstützt. Viele Kinder nahmen an einem Malwettbewerb teil, ihre Zeichnungen werden den Kindern des Donbass übergeben.

Ukrinform.ua: ATO-Kräfte nehmen Stellungen in „Grauzone“ nahe Autostraße Bachmut ein. Die Kräfte der Antiterror-Operation (ATO) haben neue Stellungen in einer „Grauzone“ eingenommen. Damit sind sie 1,5 Kilometer näher an die Autostraße Bachmut vorgerückt.

Das wird auf der Facebook-Seite der 93. mechanisierten Charkiwer Garde-Brigade mitgeteilt.

Die Soldaten der Brigade seien 1,5 Kilometer in die so genannte „Grauzone“ nahe der Autostraße Bachmut vorgerückt und hätten ihre taktische Lage verbessert. Die Einnahme von dominierenden Anhöhen gebe die Möglichkeit, den Gegner besser zu kontrollieren und gute Bedingungen für die Verteidigung zu haben, heißt es.

Der Meldung zufolge habe es keine Verluste in der Brigade gegeben, obwohl die neuen Stellungen unter dem ständigen Beschuss der Terroristen stünden. Der Feind setze dabei auch 203-mm-Haubitzen 2S7 „Pion“, sowie 120-mm und 82-mm-Mörser, verschiedene Granatwerfer und Schusswaffen ein.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_06/thumb_files/630_360_1496393451-3219.jpg

de.sputniknews.com: Russland hat das Einfuhrverbot für alle bisher verbotenen Lebensmittel aus der Türkei aufgehoben, teilt das russische Kabinett auf seiner Homepage mit. Eine Ausnahme bilden jedoch türkische Tomaten.

„Von der Liste (der für die Einfuhr verbotenen Lebensmittel – Anm. d. Red.) wurden gestrichen: gefrorene Tierteile, Innereien von Hühnern und Puten, frische und gekühlte Gurken sowie Cornichons, frische Äpfel, Birnen, Weintrauben, Walderdbeeren und Erdbeeren“, heißt es in dem Dokument.

Was die türkischen Tomaten angeht, dürfen sie laut dem russischen Vizepremier Arkadi Dworkowitsch in Zukunft zur Verarbeitung eingeführt werden. Entsprechende Gespräche werden Ende des Sommers abgeschlossen sein.

Auch einige Regeln für türkische Unternehmen werden demnach gelockert. Organisationen unter türkischer Zuständigkeit dürfen wieder arbeiten und Dienstleistungen anbieten, vor allem im Bau- sowie Tourismusbereich.

Russland hatte nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges am 24. November 2015 durch die türkische Luftwaffe über Syrien Einschränkungen in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei beschlossen, die auch den Import landwirtschaftlicher Produkte aus der Türkei betrafen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31599/11/315991198.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: Kiew gibt dem Prospekt des Befreiers den Namen eines Nationalisten
Der Prospekt in Kiew, der früher den Namen des Befreiers der Stadt, Nikolai Watutin, trug, ist nach dem Kommandeur der Ukrainischen Aufstandsarmee und Nazi-Kollaborateur Roman Schuchewytsch umbenannt worden. Die entsprechende Entscheidung hat der Kiewer Stadtrat am Donnerstag getroffen.

Laut dem Bericht auf der Internetseite des Stadtrates stimmten 69 von 120 Abgeordneten für diese Entscheidung.

Schuchewytschs Sohn Juri, der heute Parlamentsabgeordneter in der Ukraine ist, besuchte die Sitzung des Stadtrates und dankte den Abgeordneten für diesen Beschluss.

Eine ähnliche Entscheidung hatte der Kiewer Stadtrat im Juli 2016 getroffen. Damals benannte er den Moskauer Prospekt in Kiew nach dem Nationalisten Stepan Bandera um. Nikolai Watutin war ein sowjetischer Armeegeneral im Zweiten Weltkrieg. Er kommandierte die 1. Ukrainische Front, die im November 1943 Kiew zurückeroberte. Am 25. Februar 1944 wurde Watutin bei einem Überfall der Ukrainischen Aufständischen Armee schwer verwundet; er starb am 14. April 1944.

Die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) war eine ukrainische Untergrundarmee, die im Zweiten Weltkrieg in der Westukraine an der Seite der Wehrmacht gegen die Sowjetarmee und andere Staaten der Anti-Hitler-Koalition gekämpft hatte. Roman Schuchewytsch war UPA-Kommandeur.

Am 9. April 2015 hatte das ukrainische Parlament (Rada) in einem Gesetz die ehemaligen Mitglieder der UPA und der OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) als Unabhängigkeitskämpfer eingestuft und ihnen gesetzlich weitgehende Sozialprivilegien gewährt. Einige Experten sprachen damals von einer Heroisierung der Nazi-Kollaborateure. Im April 2015 hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko ein Gesetz verabschiedet, welches das kommunistische Regime verurteilt und sowjetische Symbolik verbietet. Laut dem

Gesetz sollen mehr als 900 Ortschaften in der Ukraine, deren Namen auf die Sowjetzeit zurückzuführen sind, umbenannt werden. Insgesamt sollen bereits die Namen von etwa 700 Ortschaften und 15 Regionen in der Ukraine geändert worden sein.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (**Wochenrückblick**)

Im Zeitraum vom 27. Mai bis 2. Juni wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik die grundlegenden Anstrengungen auf die Durchführung von komplexen taktischen Truppenübungen von Panzergrenadier-, Panzer- und Artillerieeinheiten, die auf die Vervollkommnung der Fertigkeiten bei Verteidigungsaktionen unter Bedingungen des unmittelbaren Kontakts mit dem Gegner gerichtet sind, konzentriert. Außerdem begannen gestern Übungen von militärischen Leitungsorganen und Einheiten der Streitkräfte gemeinsam mit Einheiten des Staatssicherheitsministeriums und des Innenministerium zur Abwehr von Diversions- und Terroraktivitäten des Gegners. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung 34 Mal verletzt. Bei den Beschüssen des Territoriums der Republik wurden Artillerie, Panzer, Mörser verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche** das Regime der Feueinstellung **389 Mal** verletzt und 3632 Raketen-, Artillerie, Panzer- und Mörsergeschosse mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Es wurden **40 Ortschaften der Republik** beschossen, in acht von ihnen wurden 23 Häuser beschädigt sowie Gebäude einer Traktorbrigade und einer Tankstelle in Lukowo, wo unter anderem auch neun Stück Landwirtschaftstechnik beschädigt wurden.

In der letzten Woche wurden in der Folge von Beschüssen von Seiten der Ukraine **zwei friedliche Einwohner unterschiedlich schwer verletzt.**

Ein Soldat der Streitkräfte der DVR **starb.**

Die letzte Woche wird der ganzen Welt durch eine **Reihe blutiger Provokationen** der ukrainischen Streitkräfte in den Ortschaften **Krasnogorowka und Awdejewka** im Gedächtnis bleiben.

Im besonderen gibt es nach Informationen unserer Aufklärung folgende Ursachen der Tragödie am 26. Mai in Krasnogorowka: die Anwendung von schwerer Artillerie und Mehrfachraketenwerfern durch die Einheiten der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Marjinka und Kurachowo. In der Folge der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte wurden in Krasnogorowka acht friedliche Einwohner verletzt und 29 Häuser zerstört. Auch ein provisorischer Stationierungspunkt der Nationalgarde der Ukraine geriet unter Beschuss, wo nach genaueren Angaben elf Soldaten starben und 18 verletzt wurden, außerdem wurden sieben Stück Militärtechnik beschädigt. Alle verletzten Soldaten wurden in das Militärhospital von Kurachowo eingeliefert.

Es ist wichtig anzumerken, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zur Verheimlichung seines Verbrechens und zur Behinderung objektiver Ermittlungen Vertretern der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und der DVR den Zugang zu den Zerstörungen verboten hat.

Selbst Vertreter der OSZE-Mission hat die ukrainische Seite erst nach zwei Tagen an den Ort des Geschehens eingeladen. Daher sind in deren Bericht über die Ergebnisse der Inspektion nur sieben Explosionskrater von 152mm- und 122mm-Artilleriegeschossen und 82mm-Mörsergeschossen genannt. Auch die durch den Schlag der ukrainischen Streitkräfte mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, deren Anwendung auch das ukrainische Kommando erwähnt hat, zerstörten Häuser auf der Makajowskij-, der Belinskij-, der Gruschewskij-Straße werden nicht genannt.

Man muss die Aufmerksamkeit auf die Mitteilungen örtlicher Einwohner der betroffenen

Städte in den sozialen Netzen richten, die von der Anwendung von schweren Waffen durch die ukrainischen Streitkräfte aus den Gebieten von Kurachowo und Marjinka zeugen. Sicher hat die ukrainische Regierung für solche Fälle den Zugang der Einwohner der Ukraine zu den sozialen Netzen eingeschränkt, damit der Bevölkerung die Wahrheit nicht zugänglich ist. Ein anderer Fall erfolgte am 30. Mai um 19:30, als Einheiten der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Awdejewka beschossen und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen gegen das eigene Volk anwandten. Unter anderem wurde ein Wohnhaus der Stadt in der Nähe der Awdejewker Kokerei beschossen. Durch Treffer von Splittern eines 82mm-Mörsergeschosses wurden drei friedliche Einwohner verletzt. Dabei ist es wichtig zu sagen, dass die Entfernung des Explosionsorts des Mörsergeschosses von der Kontaktlinie mehr als vier Kilometer beträgt und die maximale Entfernung zur Anwendung von Mörsern dieses Typs drei Kilometer beträgt.

Wir hatten im Vorfeld über die Vorbereitung der ukrainischen Seite zu dieser Provokation berichtet, um sie zu verhindern. Aber die ukrainischen Nationalisten haben entschieden, ihre blutigen Pläne zum Erschießen friedlicher Einwohner des Donbass in jedem Fall durchzuführen.

Alle von uns gesammelten Materialien werden für Strafverfahren gegen die ukrainischen Kommandeure, die die verbrecherischen Befehle zum Beschuss von Ortschaften erteilt haben, verwendet.

Wir nehmen an, dass die ukrainische Regierung und das Kommando der ukrainischen Streitkräfte mit den oben genannten und anderen Provokationen folgende **Ziele** verfolgen: **erstens** – zu versuchen, die Bevölkerung der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien zu zwingen, sich gegenüber den Streitkräften der DVR und der Republik im ganzen negativ zu verhalten;

zweitens – den Diebstahl von Haushaltsmitteln durch die Behörden über „Einweg“-firmen unter dem Anschein der Zuteilung von Mitteln für den Wiederaufbau zerstörter Objekte, die dann tatsächlich nicht wiederaufgebaut werden, zu legalisieren;

drittens – die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der massenhaften Desertion von Soldaten der ukrainischen Streitkräften von ihren Positionen abzulenken.

Uns wurde bekannt, dass entsprechend den Forderungen des Leiters des Generalstabs der Ukraine dem militärischen Rechtsordnungsdienst in den ukrainischen Streitkräften gemeinsam mit Kommandeuren von Truppenteilen und Militärkommissaren die Aufgabe gestellt wurde, im Zeitraum vom 1. bis 30. Juni 2017 großflächige Maßnahmen zur Fahndung nach Soldaten, die sich eigenmächtig von ihren Truppenteilen oder ihrem Dienstort entfernt haben, durchzuführen.

Nach Angaben unserer Aufklärung sind gemäß einer Analyse von Dokumenten, die sie aus dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte erhalten hat, seit Anfang des Bürgerkriegs in der Ukraine **10.230 Soldaten aus der Zone der sogenannten ATO desertiert**. Nur nach den letzten Angaben sind im Zeitraum vom 11. bis zum 17. Mai 2017 59 Fälle von Desertion von 67 Soldaten und im Zeitraum vom 18. bis 25. Mai die Flucht von 81 Soldaten festgestellt worden. In der letzten Woche sind 93 Fälle von Desertion festzustellen, wobei insgesamt 127 Soldaten eigenmächtig ihre Positionen verlassen haben. Dabei wurde der Hauptfluss von Flüchtlingen aus der „ATO“-Zone und in einem großen Maße von den Frontpositionen der 72. und 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch die Beteiligung der Einheiten an den verbrecherischen Beschüssen von Krasnogorowka, Awdejewka und Seljonyj Gaj (wo ein Kinderferienlager zerstört wurde) hervorgerufen.

Zur Fahndung nach desertierten Soldaten sind unter anderem Einheiten der Nationalgarde der Ukraine und des Sicherheitsdienstes der Ukraine in der „ATO“-Zone eingetroffen. Unter anderem war in der letzten Woche die Ankunft von einem Bataillon der Nationalgarde der Ukraine in Desershinsk, von drei Abteilungen von Spezialkräften des Sicherheitsdienstes der Ukraine in den Gebieten von Kurachowo und Krasnogorowka sowie von einer Einheit der

Nationalgarde in Jelisabetowka zu bemerken. Alle diese Einheiten werden die Funktion von „Sperrabteilungen“ wahrnehmen und den Fluss von Flüchtigen von den Frontpositionen der 72. und 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zurückhalten und dabei zeitweilig die sich bildenden Breschen in der Kontaktlinie wieder auffüllen.

Auf dem Hintergrund aller Erklärungen über die Erhöhung des Solds der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und im besonderen über die Erhöhung des Lebensstandards der Soldaten im ganzen, hat die militärische Führung eine aktive Kampagne begonnen, zuvor ausgegebene Gelder wieder in den staatlichen Fonds zu bringen.

Auf Anweisung übergeordneter Stäbe werden vom Kommando von Verbänden und Truppenteilen aktiv Ermittlungsmaterialien zu unrechtmäßigen Zahlungen fabriziert, die in der Folge zum Nutzen des Staates einbehalten werden.

Die hauptsächlichsten „ermittelten“ Fälle von unrechtmäßigen Zahlungen sind:

- Prämien für unmittelbare Beteiligung an der „ATO“;
- finanzielle Absicherung von Soldaten, die in medizinischer Behandlung sind;
- finanzielle Absicherung von Soldaten, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben;
- Zuschläge für die Erfüllung besonders wichtiger Aufgaben;
- Zahlung von Prämien und monatlichen zusätzlichen Geldzahlungen an Soldaten.

All diese Zuschläge, die Soldaten zuerkannt und ausgezahlt wurden, haben sich als einfache „Protzerei“ erwiesen, die jetzt eilig an den Staat zurückgehen müssen.

Auf diese Weise desinformiert die ukrainische militärisch-politische Führung weiterhin die Öffentlichkeit und beschuldigt die Streitkräfte DVR an ihren Verlusten an Menschen, um die wirklichen Ursachen für Verletzung und Tod ihrer Soldaten nicht zugeben zu müssen und auch um Ordnung in die untergeordneten Einheiten zu bringen.

Wir haben bereits mehrfach gesagt, dass wir die übernommenen Verpflichtungen einhalten. Dennoch sind wir immer bereit, Terroristen, die verschiedene Arten von provokativen Angriffen gegen unsere Republik durchführen, zu bestrafen.

de.sputniknews.com: Kinderschutz-Aktion am Brandenburger Tor: Junge Berliner malen für Donbass-Kinder

Rund 30 Menschen haben am Donnerstag am Brandenburger Tor in Berlin an einer Veranstaltung teilgenommen, die den Kindern gewidmet war, die unter den Kampfhandlungen in der Ost-Ukraine leiden oder gelitten haben.

Anlass der Aktion war der Internationale Kindertag, der in einer Reihe von Ländern, unter anderem auch in den UdSSR-Nachfolgerstaaten, am 1. Juni begangen wird.

Die Veranstalter verteilten unter jungen Passanten Papier und Filzstifte und baten sie, Bilder zu zeichnen. Die Zeichnungen wollen die Veranstalter den Kindern im Donbass übergeben.

Mehr als ein Dutzend junge Maler bekamen Andenken für ihre rührenden Bilder.

Die Kundgebung wurde vom Menschenrechtler Oleg Musyka und der Gruppe „Mütter gegen Krieg“ organisiert, die der ukrainischen Staatsführung die Eskalation der Gewalt in der Region vorwerfen, unter der vor allem Kinder leiden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31599/61/315996150.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsministers der LVR Nikolaj Klipakow

„In unseren Hochschulen studieren etwa 600 Studenten aus den Gebieten des Lugansker Land, die von der Ukraine kontrolliert werden“ sagte er.

„Wir planen in diesem Jahr etwa 700 Studenten von den zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorien aufzunehmen.

„Bis heute sind etwa 300 Anrufe mit Fragen nach Bildungsmöglichkeiten für Einwohner der von der Ukraine kontrollierten Territorien eingegangen“, sagte er weiter.

de.sputniknews.com: Ukrainische Sicherheitsbehörden foltern Zivilisten in Donbass – Menschenrechtler

23 Menschen sind in den Gebieten Donezk und Lugansk in Jahren 2014 und 2015 von den ukrainischen Sicherheitsbehörden gesetzwidrig festgenommen worden. Dies erklärte am Freitag der Sprecher der Menschenrechtsorganisation Ukrainischer Helsinki-Verband, Andrej Gladun.

Einige Menschen wären unter Prozedurverletzung und ohne Gerichtsbeschlüsse festgenommen worden. In 19 Fällen hätten die Sicherheitsbehörden den Festgenommenen gefoltert und misshandelt. Die Zivilisten wären wegen mutmaßlichen Verbindungen zu den Volkswehrmilizen in den selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk vernommen worden, so Gladun.

Er merkte außerdem an, die Sicherheitsbehörden hätten gesetzwidrige Durchsuchungen mit Beschlagnahmungen vorgenommen.

Die Sicherheitsbehörden teilten mit, in den letzten zwei Jahren wären 47 Mitarbeiter für solche Verbrechen bestraft worden.

Zuvor hatte die Leiterin der Arbeitsgruppe für Gefangenenaustausch, Olga Kobzewa, erklärt, in den ukrainischen Geheimgefängnissen seien fast 1000 Menschen eingesperrt, die der Verbindung zu den Volkswehrmilizen beschuldigt werden.

Über die Geheimgefängnisse hatten bereits die internationalen Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch berichtet. Kiew dementiert alle Beschuldigungen.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Umsturz im Februar 2014 in Kiew ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Nach jüngsten Angaben der Uno hat der Konflikt

bisher mehr als 10.000 Menschenleben gefordert.

Lug-info.com: „Das verbrecherische Kiewer Regime hat gestern dem Donbass ein weiteres Geschenk gemacht. Am Internationalen Kindertag, am Vortag des dritten Jahrestags des Raketenbeschusses des Zentrums von Lugansk hat eine Diversionsgruppe ukrainischer Spezialoperationskräfte einen Terrorakt begangen – die Sprengung eines Strompfeilers im Gebiet von Georgijewka bei Lugansk“, teilte der stellvertretende Staatssicherheitsminister der LVR Alexandr Bassow mit.

„Nach operativen Informationen wurde der Terrorakt gegen ein Lebenserhaltungsobjekt der Republik von Professionellen begangen. Im Verlauf der Operation wurden zwei Sprengleinrichtungen verwendet – eine von ihnen ging nur deshalb nicht los, weil ein Element vorsätzlich beschädigt worden war“, erklärte Bassow.

Er merkte an, dass solche Sprengleinrichtungen bereits von Spezialisten des MfS beschlagnahmt wurden, die Mitarbeiter des Ministeriums verfügen über Informationen über ein Spezialzentrum auf dem zeitweise von den ukrainischen Truppen kontrollierten Territorium des Lugansker Lands, wo ihre Herstellung unterrichtet wird.

„Der Charakter der Beschädigung der Sprengleinrichtung zeugt davon, dass einer der Beteiligten der Gruppe vorsätzlich versucht hat, die Detonation zu verhindern“, unterstrich der stellvertretende Minister.

„Wir können nur vermuten, von welchen Motiven er geleitet wurde. Wenn die zweite Sprengleinrichtung losgegangen wäre und die Strompfeiler zusammengebrochen wäre, so wären ernsthafte Probleme mit der Energieversorgung der Republik entstanden“, erklärte er.

„Aber im jetzigen Fall konnte die Energietechniker nach einer Entschärfung der Sprengleinrichtung in kürzester Zeit die Stromversorgung wieder in Betrieb nehmen“, fügte Bassow hinzu.

„Das MfS der LVR hat bereits mehrfach erklärt, dass der terroristische Krieg des in Kiewer Regimes gegen die Republiken des Donbass bezüglich seiner Bedeutung von der zweiten Front in die erste aufgerückt ist. Der Terrorismus ist bis zu einem Punkt gelangt, wo die Interessen der jetzigen Regierung – das kriminelle Geschäft der militärischen Führung und die Ideologie der neonazistischen Organisationen – zusammenkommen“, sagte er.

„Wir sind gezwungen, die Vertreter der internationalen Organisationen ein weiteres Mal aufzurufen, im Donbass ein Monitoring durchzuführen, die Aufmerksamkeit auf diesen Konfliktfaktor zu richten. Der Terrorismus hat keine Grenzen und seine Rechtfertigung auch nicht“, unterstrich Bassow.

„Wir wenden uns auch an die ukrainischen Soldaten, die gezwungen sind, die verbrecherischen Befehle der Führung auszuführen. Wenn Sie Ihre Ausführung nicht verweigern können, dann gehen Sie so vor, wie dies gestern im Gebiet von Georgijewka geschehen ist“, fügte Bassow hinzu.

de.sputniknews.com: In russischer Wirtschaft startet neue Wachstumsphase – Putin
In Russland hat eine neue Phase des Wirtschaftsaufschwungs begonnen, erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin bei der Plenarsitzung des 21. Internationalen Wirtschaftsforums (SPIEF) in St. Petersburg.

Der russische Präsident betonte, dass das russische BIP bereits das dritte Quartal nacheinander wachse. Der Anstieg betrug im April 1,4 Prozent.

Experten und Auslandsinvestoren verweisen demnach auf die hohe Qualität der russischen makroökonomischen Wirtschaft.

„Für sie ist das ein wesentliches Argument für die Arbeit auf dem russischen Markt“, so Putin weiter.

Der Zustrom direkter Auslandsinvestitionen in die russische Wirtschaft belief sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres demnach auf sieben Milliarden US-Dollar – das ist der beste Kennwert in den letzten drei Jahren.

„Im Allgemeinen sind die Investitionen im ersten Quartal um 2,3 Prozent gestiegen. Damit möchte ich betonen, dass die heutige Situation so ist, dass das Wachstum der Investitionen höher als das BIP-Wachstum ist. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Wirtschaft in eine neue Wachstumsphase eintritt“, sagte der Präsident.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen,
Wochenrückblick)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueereinstellung **30 Mal** verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, Mörser ds Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzer, Abwehrgeschütze, Antipanzerraketen, Granatwerfer und Schusswaffen. Dabei wurden auch von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen angewendet.

Insgesamt wurden 955 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueereinstellung drei mal verletzt und 134 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden in der letzten Woche **Wesjologorowka, Kalinowka, Lowinowo, Sansharowka, Losowoje, Kalinowo, Molodjoshnoje, Frunse, Sokolniki, Shelobok, Choroscheje, Smeloje, Krasnyj Jar, Nowokiewka und das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers auf diese Ortschaften erteilten der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, der Kommandeur der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Schewtschenko, der Kommandeur der 93. mechanisierten Brigade Klotschkow, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade Shakun.

In der letzten Woche wurde in den Berichten der OSZE-Mission das Fehlen folgender Technik und Waffen der ukrainischen Streitkräfte in den Lagerorten festgestellt: 15

Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 12 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“, 12 122mm-Haubitzen „Gowsdika“, 10 122mm-Haubitzen D-30, 28 120mm-Mörser, 12 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“, 38 Panzer T-64 und T-72.

Wir sind überzeugt, dass ein Teil dieser Waffen von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte zum Beschuss der LVR verwendet werden.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiterhin Waffen, darunter auch von den Minsker Vereinbarungen verbotene, entlang der Kontaktlinie.

Unter anderem wurden im Gebiet von Walujskoje zwei 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“ und ein „Ural“-Lastwagen mit Munition entdeckt. Im Gebiet von Nowoswanowka wurden Feuerpositionen einer Mörserbatterie, sechs 82mm-Mörser aus dem Bestand der 17.

Panzerbrigade entdeckt. Im Gebiet von Mironowskij wurden zwei Feuerpositionen von 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 aus dem Bestand der 53. Brigade entdeckt. In Nishneje wurde die Ankunft einer Kolonne Militärtechnik mit fünf Lastwagen und Munition und zwei Tankwagen in Begleitung eines Schützenpanzers bemerkt.

Seit Tagen haben eine Reihe ukrainischer Massenmedien aktiv begonnen, Informationen über eine Vorwärtsbewegung der ukrainischen Streitkräfte um anderthalb Kilometer im Gebiet der Bachmutsker Straße aus Krymskoje in Richtung Shelobok und Frunse, die sie angeblich unter Feuerkontrolle haben, zu verbreiten. Dabei behauptet die ukrainische Seite, dass sie die Minsker Vereinbarungen nicht verletzt hat, weil diese Abschnitte sich angeblich zuvor unter der Kontrolle der ukrainischen Truppen befunden haben.

Ich will offiziell erklären, dass sich die ukrainischen Truppen in der angegebenen Richtung

schon recht lange Zeit auf den zuvor eingenommenen Positionen befinden und sich nicht vorwärtsbewegt haben.

Die Beschüsse in diesem Gebiet haben zugenommen. Dies zeugt davon, dass die ukrainischen Truppen vorsätzlich die Lage zuspitzen und den Konflikt verschärfen.

Die Einheiten der Volksmiliz führen weiter Maßnahmen zur Vervollkommnung ihrer Kampffähigkeit durch.

In den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz hat die neue Unterrichtsperiode begonnen, in deren Verlauf die Soldaten an mehr als 20 Kommandostabs-, taktischen und taktischen Spezialübungen auf verschiedener Ebene teilnehmen werden.

Außerdem wird in der Sommerausbildungsperiode besonderer Wert auf die Erhöhung der individuellen professionellen Ausbildung unserer Soldaten gelegt.

Wir erhöhen weiter unser professionelles Niveau, um immer bereits zur Abwehr jeglicher Aggression des Gegners zu sein.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte fällt das Niveau der Disziplin weiter ab, die Zahl der Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wächst im Zusammenhang mit dem Alkoholmissbrauch.

Ein solcher Fall ereignete sich in Stschastje, wo am 29. Mai zwei Soldaten der 14. Brigade in betrunkenem Zustand schwer verletzt wurden, weil sie auf eine Antipersonenmine gerieten.

Im Gebiet von Petrowka wurden unter ähnlichen Umständen drei Soldaten der Brigade verletzt.

Am 30. Mai entluden Soldaten der selben Brigade in Staniza Luganskaja nach dem Genuss von Alkohol Kisten mit Munition. In der Folge der Verletzung von Sicherheitsanforderungen detonierte ein 120mm-Mörsergeschosse, in der Folge wurden vier Soldaten unterschiedlich schwer verletzt.

Außerdem erlitt am 31. Mai in der Folge eines Streits unter Alkoholeinfluss ein Soldat der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Messerverletzung.

Die ukrainische Führung genießt weiter Militärhilfe westlicher Schutzherren und greift auch zu den Diensten bezahlter ausländischer Söldner.

Nach uns vorliegenden Informationen sind in den Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie einige Hundert **Söldner aus dem Baltikum, Polen und Georgien** eingetroffen, die mit Schusswaffen, Schützenpanzern und Schützenpanzerwagen ausgerüstet sind.

So wurde in Borowskoje die Stationierung eines Feldlagers bemerkt, in dem ausländische Militärinstrukteure Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Durchführung von Diversions- und Erkundungsaktivitäten sowie in der Taktik zur Durchführung von Säuberungen unter Stadtbedingungen unterrichten.

Solche Trainingslager wurden auch in Stschastje bemerkt, wo polnische Instrukteure Übungen zur Ausbildung von Scharfschützen und Diversions- und Erkundungsgruppen durchführen, um diese in der Folge auf das Territorium der Republiken zu schicken.

In Trjochisbjonka im Slawjanoserbskij-Bezirk wurde eine Gruppe ausländischer Söldner bemerkt, die mit NATO-Schusswaffen ausgerüstet sind.

Ukrinform.ua: Global Peace Index Report: Konflikt im Donbass kostete Ukraine vergangenes Jahr 20 Prozent von BIP.

Die ukrainische Wirtschaft hat im vergangenen Jahr 20,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wegen des Konflikts im Donbass eingebüßt.

Das ist das Ergebnis des Weltfriedensindex (Global Peace Index Report), das vom australischen Institute for Economics and Peace in Sydney veröffentlicht wurde.

Nach Angaben des Instituts kostete der Krieg in Donbass der Ukraine im vergangenen Jahr 20,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, oder 66 Milliarden 749 Millionen Dollar gemäß dem Kaufkraftindex.

Damit liegt die Ukraine auf Platz 19 der Liste der Länder, die wirtschaftliche Verluste wegen der bewaffneten Konflikte erleiden. Syrien ist das Land mit größten wirtschaftlichen Verlusten. Die Schweiz rangiert in diesem Ranking auf dem letzten Platz. Russland ist auf Platz 31.

Im Ranking der friedlichen Länder landete die Ukraine auf Platz 154. Sie verbesserte sich in diesem Ranking um zwei Punkte, bleibt aber gemeinsam mit der Zentralafrikanischen Republik, Demokratischen Republik Kongo, Pakistan, Nordkorea und Russland (unverändert Rang 151) unter den am wenigsten friedlichen Ländern der Welt. Das friedlichste Land der Welt ist Island. Das Schlusslicht in dem Ranking bilden Irak, Afghanistan und Syrien.

Lug-info.com: Der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der LVR Oleg Akimow äußerte seine Dankbarkeit gegenüber den gesellschaftlichen Aktivisten Italiens, die eine Petition zur internationalen Anerkennung der Republiken des Donbass herausgebracht haben, teilte die Gewerkschaftsföderation der LVR mit.

„In Italien ist eine Petition über die Anerkennung der Volksrepubliken des Donbass herausgekommen. Organisatoren der Initiative sind Vertreter antifaschistischer und gewerkschaftlicher Organisationen, die unsere Republik besucht haben. Der Aufruf ist an den Präsidenten Italien Sergio Mattarella und das Parlament gerichtet, die Organisatoren haben vor, eine entsprechende Petition auch an das EU-Parlament zu richten“....

de.sputniknews.com: Putin über US-deutschen Streit um Nato: „Hilfreich, wenn Allianz zerfällt“.

Die Nato ist ein außenpolitisches Instrument der Vereinigten Staaten, stellte der russische Präsident Wladimir Putin im Gespräch mit Journalisten am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg klar. Die Streitigkeiten, die neuerdings um das nordatlantische Bündnis entfachten, werden Russland aber nur in einem Fall behilflich sein. „Ob die Streitigkeiten um Nato Russland helfen? In dem Sinne, dass Nato zerfallen könnte – dann ja. Doch bislang ist kein Zerfall zu sehen. Ich habe mich schon mehrmals gefragt, und auch öffentlich die Frage gestellt, dass die Nato als ein Instrument des Kalten Kriegs gegen die Sowjetunion und den sogenannten Warschauer Pakt geschaffen wurde“, so Putin. Heute existiere aber weder der Pakt, noch die UdSSR. „Nato aber besteht, und das wirft die Frage auf – wozu? Und was auch immer man da sagt, gibt es nur eine Antwort: Es ist ein Instrument der US-Außenpolitik.“

Dabei habe man ja aber stets betont, erinnert Putin, dass die Allianz in eine eher politische Organisation transformiert werde, dessen primäre Aufgabe dann die Schaffung „wesentlicher Elemente der Stabilität in der Welt“ wäre. Sollte dies so sein, wäre auch nichts dagegen einzuwenden, so der russische Präsident.

Zur selben Zeit betonte er, dass eine Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland im Kampf gegen den Terrorismus höchst erforderlich sei. An dem Bestreben des nordatlantischen Bündnisses, gegen Terror zu kämpfen, sei nichts auszusetzen. Zuvor hatte Putin erwähnt, dass die Beziehungen Russland und den USA ihren tiefsten Punkt seit den Zeiten des Kalten Krieges erreicht hätten. Der im Frühling von den USA geäußerte Ratschlag, die Moskauer Sicherheitskonferenz zu meiden, sei aber ein „vollkommener Blödsinn“ gewesen, ergänzte er.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31600/15/316001527.jpg>

Dan-news.info: „Leider wurde die Aktion „Engel“ von ukrainischen Soldaten verdüstert, die ein weiteres Mal ihre Missachtung allgemeinemenschlicher Werte, Moral und Ehre demonstriert haben“, sagte der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ Nikita Kiosew. „Ukraine Strafsoldaten haben im Gebiet des Volvo-Zentrums im Norden von Donezk das Feuer mit Schusswaffen eröffnet, als sie die leuchtenden Lampions gesehen haben“.

Er unterstrich, dass die ukrainische Seite über die Durchführung der Aktion informiert war und das „Regime der Ruhe“ hätte einhalten müssen.

Auch der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin bestätigte die Schüsse.

„Die Kiewer Büttel haben ein weiteres Mal den Grad ihres Zynismus und ihrer Unmenschlichkeit gezeigt. Nachdem sie schon einmal unsere Kinder ermordet haben, haben sie nun wieder das Feuer auf sie eröffnet“, fasste Kiosew zusammen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-06/thumbs/1496407086_screenshot_1.jpg



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-06/thumbs/1496406911_2cdrd-x2ye.jpg

Dan-news.info: „Zwischen dem **1. Januar und dem 2. Juni 2017** sind auf dem Territorium der DVR **14 friedliche Einwohner getötet wurden, darunter ein Kind**“, teilte der Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa mit. „**147 friedliche Einwohner** wurden **unterschiedlich schwer verletzt, darunter acht Kinder**“.

de.sputniknews.com: Stoppt dieses „schädliche Gelaber“: Putin zu Einmischungsvorwürfen gegen Russland

Das Vorgehen derjenigen, die Russland die Schuld an der Niederlage der Demokratischen Partei bei den Präsidentschaftswahlen in den USA geben, erinnere an den Antisemitismus, sagte der russische Präsident Wladimir Putin in St. Petersburg.

„Es ist einfacher zu sagen, wir sind nicht schuld. Die Russen sind schuld – sie haben sich in die Wahlen eingemischt, und wir sind gut. Das erinnert mich an den Antisemitismus – an allem sind die Juden schuld, verstehen Sie?“, sagte Putin. „Man ist selbst ein Penner, kann nichts tun – schuld sind aber die Juden. Wir wissen aber, wozu solche Stimmungen führen. Sie enden nie gut.“

Man müsse dieses „sinnlose und schädliche Gelaber“ einfach stoppen, so der russische Staatschef. Das sei eine Übertragung von innenpolitischen Streitigkeiten in den USA auf die Außenbühne, ein Versuch, eigene innenpolitische Fragen mithilfe von außenpolitischen Instrumenten zu lösen. „Das ist schädlich für die internationalen Beziehungen, die Weltwirtschaft, die Sicherheitsfragen und den Kampf gegen den Terror“, betonte Putin. In Bezug auf die Einmischungsvorwürfe gegen den russischen Botschafter in Washington, Sergej Kisljak, sagte Putin: „Sind Sie ganz verrückt geworden? Das ist eben der diplomatische Dienst (sich mit Menschen zu treffen und abzusprechen – Anm. d. Red.)“, so der russische Präsident.

Hinsichtlich der Anschuldigungen russischer Medien einer angeblichen Einmischung und Desinformation riet Putin, mehr auf die Arbeit der westlichen Journalisten zu achten.

„Schauen Sie sich lieber an, was Ihre Kollegen bei uns tun. Sie sind ganz von Kopf bis Fuß in unsere Innenpolitik gestiegen, haben sich auf unseren Kopf gesetzt, die Beine herabgehängt und kauen Kaugummi. Sie amüsieren sich einfach“, sagte Putin gegenüber der NBC News-Moderatorin Megyn Kelly.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31600/16/316001693.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 2. Juni, fand in Donezk ein Forum von Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ statt, an dem das Oberhaupt der DVR, der Vorsitzende von DR Alexandr Sachartschenko, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR, der Leiter des Exekutivkomitees von DR Denis Puschilin sowie der stellvertretende Leiter des zentralen Exekutivkomitees von DR Andrej Kramar teilnahmen.

An dem Forum nahmen etwa 200 Menschen teil.

Das Republikoberhaupt eröffnete das Forum mit einer Begrüßung:

„Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass unsere Bewegung stärker geworden ist und Kraft

gewonnen hat. Wir sind in der Lage alle Aufgaben zu lösen, die das Leben vor die gesellschaftliche Bewegung stellt.

Unser Hauptkriterium für eine Verbesserung der Arbeit ist die positive Wahrnehmung der Menschen. Wenn die Leute früher mit ihren Fragen und bestimmten Zweifeln zur Bewegung kamen, so sind sie jetzt überzeugt, dass wir in der Lage sind, ihnen zu helfen. All diese Veränderungen sind das Verdienst der Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung. Vielen Dank Ihnen für die Arbeit, die Sie tun.

Ich will, dass unsere Bewegung eine wirkliche Volksbewegung ist. Deshalb lasse ich kein nachlässiges Verhältnis gegenüber den Menschen von Seiten der Führung der gesellschaftlichen Bewegung zu. Ich meine, dass dies unterbunden werden muss, mit solchen Leuten sind wir nicht auf einem Weg.“

Außerdem änderte Alexandr Sachartschenko als Vorsitzender von DR die kadermäßige Struktur der Bewegung und führte das Amt eines Sekretärs des Exekutivkomitees von DR ein und ernannte dafür Sergej Sawdowjew.

Im Rechenschaftsbericht über die Arbeit der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ merkte Andrej Kramar an, dass die Zahl der Mitglieder der Bewegung mit jedem Tag wächst.

Die stellvertretende Leiterin des Exekutivkomitees Olga Posdnjakowa unterstrich in ihrem Beitrag, dass sich mit jedem Tag die Zahl derjenigen in den Unternehmen unter äußerer Leitung vermehrt, die Mitglied von DR werden wollen.

„Wir müssen unsere Arbeit breiter anlegen. Inzwischen sind wir bereits in der Lage, Einwohner von Mariupol, Slawjansk usw. zu unterstützen, und wir tun das. Dies sind unsere Einwohner, deshalb muss es die gesellschaftliche Bewegung auch auf den Territorien geben, die zeitweise von der Ukraine kontrolliert werden. Wir beschränken uns nicht nur auf das Territorium, auf dem wir uns jetzt befinden.

Ihr dürft nicht einfach die Arbeit machen, um etwas abzuhaken, sondern mit ganzer Seele und ganzem Herzen. Damit die Einwohner der Territorien, die von der Ukraine kontrolliert werden, verstehen, dass wir sie nicht vergessen haben, sie nicht im Stich gelassen wurden, wir sind zusammen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

abends:

de.sputniknews.com: Putin: Atomwaffen in Nordkorea Antwort auf Faustrecht in internationaler Politik.

Das Faustrecht, von dem der Westen in der internationalen Politik Gebrauch macht, hat kleine Staaten wie Nordkorea nach Worten von Russlands Präsident Wladimir Putin dazu bewogen, eigene Atomwaffen zu entwickeln. „Damit wollen sie ihre Unabhängigkeit verteidigen“, sagte Putin am Freitag auf dem St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum.

„Wollen wir uns darauf einigen, wie Normen, wie grundlegende Prinzipien des Völkerrechts zu deuten sind, und diese Regeln einhalten. Solange es (diese Einigung) nicht gibt, solange sich das Recht des Starken, das Faustrecht durchsetzt, werden wir weiterhin mit Problemen wie jetzt in Nordkorea konfrontiert sein“, fuhr Putin fort.

Ihm zufolge sehen kleine Staaten keine andere Möglichkeit, die eigene Unabhängigkeit, Sicherheit und Souveränität zu verteidigen, als in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Eben dazu führe der Missbrauch von Gewalt.

„Der Irak ist zerstört, Libyen ist zerstört, Syrien wurde beinahe zerstört. Ägypten und Tunesien wurden bis auf das Äußerste destabilisiert. Von Prozessen ganz zu schweigen, die sich in anderen Ländern wie Somalia abgespielt haben“, kritisierte der russische Präsident.

Jetzt nehme man sich des sogenannten postsowjetischen Raumes an. Öffentlichen Erklärungen zufolge seien knapp fünf Milliarden US-Dollar für die Unterstützung der Opposition in der Ukraine ausgegeben, dann sei der Staatsstreich befürwortet worden. „Was soll denn das? Das ist doch die Unterstützung einer bewaffneten Machtergreifung. Als wir das abgelehnt hatten, wurden gegen uns Sanktionen verhängt.“

„Und was passiert jetzt im Jemen? Dort wurde der Präsident ebenfalls gestürzt. Aber die gesamte westliche Welt mit den USA an der Spitze unterstützt Handlungen der Länder, die (im Jemen) Kampfhandlungen führen“, sagte Putin.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31547/93/315479355.jpg>